

JA ZU EUROPA - NEIN ZU BÜROKRATIE

DIE AUSGANGSLAGE:

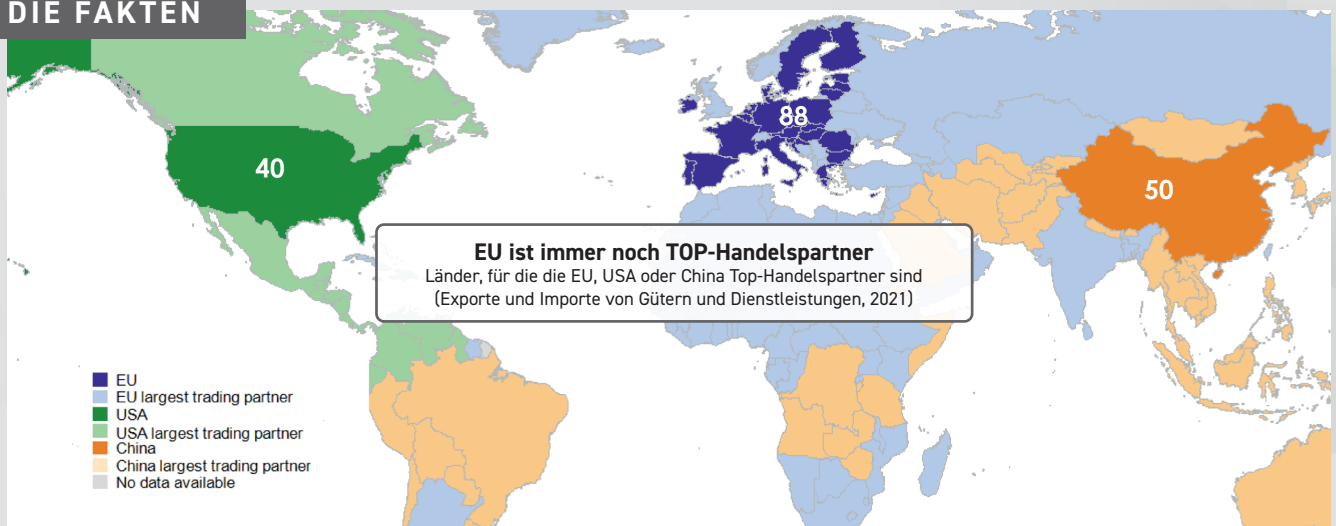
Die Europäische Union gewährleistet Frieden und Sicherheit in Europa und **trägt massiv zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilität des Kontinents bei**. Durch die Nutzung von EU-Handelsabkommen wurden nichttarifäre Handelsbarrieren abgebaut und Prüfzeugnisse gegenseitig anerkannt. **Dies hat Einsparungen von 15 bis 20 Prozent des Warenwerts gebracht.**

Niederösterreich gehört zu jenen Regionen in der EU, die vom Binnenmarkt besonders stark profitieren. Rund 75 % des NÖ Warenexports werden mit EU-Ländern abgewickelt. Seit dem EU-Beitritt ist Österreichs (weltweite) Exportquote von rund 30% auf nahezu 60% gestiegen.

Mit dem EU-Beitritt ist der **Standort Österreich auch für ausländische Direktinvestitionen deutlich attraktiver** geworden. Das brachte internationale Betriebe, hochwertige Jobs und neue Chancen für KMU. Die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich haben sich seit dem EU-Beitritt 1995 mehr als verzehnfacht.

Der EU-Bericht 2022 hat es wieder einmal bestätigt: **Niederösterreich profitiert durch Rückflüsse aus Brüssel von der EU-Mitgliedschaft überdurchschnittlich!** Allein 2021 hat Niederösterreich rund 500 Millionen Euro an EU-Fördermitteln erhalten. Seit dem Jahr 1995 konnten mehr als elf Milliarden Euro an Förderungen „nach Hause“ geholt werden. Mit den Regionalprogrammen konnten tausende neue Arbeitsplätze geschaffen und abgesichert, sowie zahlreiche Unternehmen in Niederösterreich in ihrer Investitionstätigkeit unterstützt werden.

DIE FAKTEN



(Quelle: WIFO)

DAFÜR STEHEN WIR.

Johannes Schedlbauer,
Direktor



Wolfgang Ecker,
Präsident

JA ZU EUROPA - NEIN ZU BÜROKRATIE

PROBLEMSTELLUNG

Wirtschaftsstandort Europa unter Druck: Die USA sind vor China die größte Volkswirtschaft der Welt, doch Chinas BIP-Wachstum entwickelte sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch. Die deutlich schwächere Entwicklung der EU wird sich laut OECD bis 2030 fortsetzen. Trotz Potenzial droht die EU im globalen Wettbewerb ins Abseits zu geraten. Hausgemachte Regularien und nationale Blockaden bremsen jeden Aufschwung. Langfristig drohen signifikante Wohlstandsverluste.

LÖSUNGSANSÄTZE

➔ **JA, zum weiteren Ausbau des BINNENMARKTS!**

DAHER: Durchsetzung der Binnenmarktregeln stärken, Rechtsrahmen effizienter und zukunftsorientierter gestalten, europäische Infrastrukturen ausbauen: Stärkung der einheitlichen und effizienten Durchsetzung des bestehenden Rechtsrahmens. Vereinfachungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (einschl. Entsendungen). Beschleunigter Ausbau europäischer Netze und Kapazitäten (einschl. Güterverkehr). Garantie der Versorgungssicherheit und Leistbarkeit von Energie.

➔ **JA zu einer aktiven EU-HANDELPOLITIK:**

DAHER: Handelsbeziehungen stärken und diversifizieren: Verhandlung von Handelsabkommen beschleunigen, Abschluss und Ratifizierung vorantreiben. Strategische Souveränität und De-Risking ohne Protektionismus sicherstellen.

➔ **JA zur SICHERSTELLUNG von ARBEITSKRÄFTEN:**

DAHER: Nachhaltige Strategie zur Fachkräftesicherung, die sowohl eine optimale Hebung und Aufteilung des europäischen Arbeitskräftepotenzials sicherstellt als auch internationale Fachkräfte in den Fokus nimmt. Aus- und Weiterbildungsoffensive. Deutliche Attraktivierung der Erwerbstätigkeit.

➔ **JA zur Europäischen FORSCHUNGS- und TECHNOLOGIEPOLITIK:**

DAHER: Weiterhin aktive Teilnahme am EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe und wesentliche Steigerung der Mittel für das Nachfolgeprogramm, da Forschung die Grundlage für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit ist – auch für KMU.

➔ **NEIN zu weiteren bürokratischen Belastungen:**

DAHER: Schnelle Umsetzung der von der Europäischen Kommission angekündigten 25 Prozent-Reduktion von Berichts-, Melde- und Nachweispflichten für Unternehmen. Anwendung des „one-in one-out“- Prinzips, „once only“- Prinzips sowie „think small first“- Ansatzes, insbesondere im Sinne der Möglichkeiten von KMU. Straffung von Genehmigungsverfahren.

➔ **NEIN zur Förderbürokratie:**

DAHER: Kompetitiver EU-Beihilfenrahmen und funktionierende Kapitalmarktunion als Innovations- und Investitionsmotor, Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfelds. Ausbau des Zugangs zu Finanzierungen, insb. für KMU, Start-ups, Scale-ups und Spin-offs. Finanzbildung forcieren.